



PRESSEMITTEILUNG AM 16. NOVEMBER 2004
ZUR KONFERENZ DER UMWELTMINISTER DES ALPENRAUMS IN GARMISCH-
PARTENKIRCHEN/D

Weiterhin geringer Stellenwert für soziale Themen bei der Alpenkonvention

Die CIPRA ist enttäuscht über den fehlenden Willen der Alpenstaaten zur Erarbeitung eines rechtsverbindlichen Bevölkerungsprotokolls der Alpenkonvention. Ausserdem haben es die Alpenländer nicht geschafft, einen Sekretär für das Ständige Sekretariat zu ernennen..

Auch nach der VIII. Alpenkonferenz steht noch kein Generalsekretär des ständigen Sekretariats der Alpenkonvention fest. Die Internationale Alpenschutzkommission CIPRA bedauert, dass sich die Umweltminister der Alpenländer nicht auf einen Nachfolger des Generalsekretärs ad interim, Noël Lebel, einigen konnten. Der deutsche Bundesumweltminister Jürgen Trittin hatte zur heutigen Alpenkonferenz nach Garmisch-Partenkirchen eingeladen.

Kein Protokoll Bevölkerung und Kultur

Die Umweltminister der Alpenstaaten beschlossen die Erarbeitung einer bloßen Deklaration statt eines rechtsverbindlichen Durchführungsprotokolls zum Thema Bevölkerung und Kultur. Die Internationale Alpenschutzkommission CIPRA ist enttäuscht, dass die Belange der Bevölkerung weiterhin nicht auf der gleichen Ebene stehen wie die Themenbereiche Umwelt und Wirtschaft mit bislang acht rechtsverbindlichen Protokollen zur Durchführung der Alpenkonvention u. a. in den Bereichen Naturschutz, Verkehr und Tourismus. Die Sicherung der Nahversorgung in ländlichen Regionen wird damit in der Alpenkonvention ebenso stiefmütterlich behandelt wie etwa gute Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten oder die Weiterentwicklung regionaler Architektur. Die CIPRA sieht in einem Kulturprotokoll auch die Chance, die Bevölkerung stärker in die Umsetzung der Alpenkonvention einzubeziehen und dem in letzter Zeit stagnierenden Alpenprozess zu neuem Elan zu verhelfen.

Ungenügende Einbindung der Regionen und Kommunen

Nach Überzeugung der CIPRA, unter deren Dach alpenweit etwa 100 Organisationen zusammengeschlossen sind, wird sich die Alpenkonvention in der Praxis nur durchsetzen, wenn ihre Bedeutung auf regionaler und kommunaler Ebene erkannt wird. So fordert die CIPRA dazu auf, Kommunen und Regionen bei der Umsetzung der Konvention einzubeziehen. In einem ersten Schritt sollte hierzu die Zusammenarbeit mit dem Gemeindeforschungsnetzwerk „Allianz in den Alpen“ verstärkt werden. In diesem Netz sind alpenweit 200 Gemeinden zusammengeschlossen, die die Alpenkonvention lokal umsetzen und ihre Erfahrungen austauschen wollen.

Umsetzungsfonds für Netzwerke und Projekte dringend nötig

Bislang verfügt die Alpenkonvention über keinen Fonds, aus welchem solche Netzwerke und Umsetzungsprojekte unterstützt werden. Dementsprechend rar blieben entsprechende Initiativen. Die CIPRA fordert daher die Bereitstellung finanzieller Mittel, um die Alpenkonvention mit Leben zu füllen.

Verkehrsdeklaration: Infrastrukturausbau genügt nicht

Zum Thema Verkehr haben die Umweltminister eine Deklaration verabschiedet. Angesichts des ungebremsen Wachstums insbesondere des Güterverkehrs kann die CIPRA die Einschätzung der Minister nicht teilen, die Verkehrspolitik hätten sich in allen Alpenländern „positiv entwickelt“. So hat der Transit-Schwerverkehr über den Brenner seit Jahresbeginn um 20% zugenommen. Auch den Glauben der Umweltminister, der Bau neuer Eisenbahntunnels wie derzeit am Lötschberg und am Gotthard, verlagere den Verkehr „sogleich“ signifikant auf die Schiene, kann die CIPRA so nicht nachvollziehen. Ohne flankierende verkehrspolitische Maßnahmen, wie die Einführung einer europäischen Schwerverkehrsabgabe, wird der Bau neuer Infrastrukturen weitgehend wirkungslos bleiben. Die CIPRA befürchtet, dass die Fixierung auf große Infrastrukturprojekte von sofort möglichen und nötigen Maßnahmen ablenkt.

Die Internationale Alpenschutzkommission CIPRA (www.cipra.org) ist eine nichtstaatliche Dachorganisation mit nationalen Vertretungen in den Alpenländern, die über 100 Verbände und Organisationen aus 7 Alpenstaaten vertritt. Sie hat ihren Sitz in Schaan im Fürstentum Liechtenstein und wurde 1952 gegründet. Die CIPRA arbeitet für eine nachhaltige Entwicklung in den Alpen. Sie setzt sich für die Erhaltung des Natur- und Kulturerbes, für die Erhaltung der regionalen Vielfalt und für Lösungen grenzüberschreitender Probleme im Alpenraum ein.

Kontakt:

Dominik Siegrist, Präsident von CIPRA-International und Andreas Götz, Geschäftsführer CIPRA-International, 9494 Schaan, FL, cipra@cipra.org, www.cipra.org, Tel. mobil 0041 79 651 51 19 od. 00423 237 40 30